



Ausschuss für Kommunalpolitik

20. Sitzung (öffentlich)

13. März 2002

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.25 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
1 Gesetz zur Errichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt	
Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 13/1884	
Vorlage 13/1288	
Zuschriften 13/1303, 13/1333 und 13/1338	1

Der Ausschuss kommt überein, den Punkt auf seiner nächsten Sitzung am 10. April 2002 zu behandeln.

**2 Verordnung zur Durchführung des Modellvorhabens "Selbstständige Schule"
(Verordnung "Selbstständige Schule" - VOSS)**

Vorlage 13/1264

1

Der Ausschuss nimmt nach kurzer Aussprache den vorliegenden und geänderten Verordnungsentwurf - *siehe Vorlage 13/1317* - mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP an.

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/2199

2

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP abgelehnt.

**4 Gesetz zur Erweiterung der Kompetenzen und zur Demokratisierung des
Kommunalverbands Ruhrgebiet**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/2267

In Verbindung damit:

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/2333

6

Der Ausschuss kommt überein, den federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform zu bitten, die geplante Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zusammen mit dem zu erwartenden Gesetzentwurf der Landesregierung als gemeinsame Sitzung durchzuführen.

5 Gesetz zur Änderung des Landesfischereigesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Neudruck)

Drucksache 13/2281

6

Der Ausschuss billigt den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Stimmen von SPD und Grünen.

Nächste Sitzung: 10. April 2002

4 Gesetz zur Erweiterung der Kompetenzen und zur Demokratisierung des Kommunalverbands Ruhrgebiet

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 13/2267

In Verbindung damit:

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/2333

Vorsitzender Jürgen Thulke leitet ein, der Gesetzentwurf sei am 27. Februar an den Innenausschuss - federführend - und zur Mitberatung an den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung sowie an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen worden.

Auf Nachfrage von **Franz-Josef Britz (CDU)** teilt **Minister Dr. Fritz Behrens (IM)** mit, dass es gelingen könnte, den im Plenum hierzu angekündigten Gesetzentwurf der Landesregierung rechtzeitig vor der Sommerpause vorzulegen.

Sodann kommt der **Ausschuss** überein, den federführenden Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform zu bitten, die geplante Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zusammen mit dem zu erwartenden Gesetzentwurf der Landesregierung als gemeinsame Sitzung durchzuführen. Die Sachverständigen und Fragen seitens des AKo sollen wie üblich mit den jeweiligen Sprecherkollegen im federführenden Ausschuss abgestimmt werden.

5 Gesetz zur Änderung des Landesfischereigesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Neudruck)

Drucksache 13/2281

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, der Gesetzentwurf sei am 27. Februar an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie zur Mitberatung an den Sportausschuss, den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sie an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen worden.

Hans Peter Lindlar (CDU) wirbt um Zustimmung; das Anliegen sei klar.

Heinz Wirtz (SPD) meint, das Anliegen sei sicherlich berechtigt; da gebe es keinerlei Differenzen. In der Plenardebatte habe Frau Höhn vorgetragen, dass sich der Einzelfall schnell regeln lasse.

Im Plenum sei dann angeregt worden, diesen Fall im Zusammenhang mit dem Landesgleichstellungsgesetz einer Regelung zuzuführen. Er schlage daher vor, den Gesetzentwurf mit einem wohlwollenden Votum an den federführenden Ausschuss weiterzugeben, um im Rahmen des Landesgleichstellungsgesetzes zu einer entsprechenden gesetzlichen Regelung zu kommen.

Monika Düker (GRÜNE) wirbt ebenfalls, da man sich in der Sache einig sei, dafür, das Problem schnell und unbürokratisch zu lösen, den Gesetzentwurf ohne Votum an den federführenden Ausschuss zu geben, der den Überblick über den besten Weg habe.

Hans Peter Lindlar (CDU) meint, die Entscheidung so weit hinauszuzögern, bis eine Regelung in einem Gesetzeswerk getroffen werde, werde dem Anliegen der Betroffenen nicht gerecht. Hier sollte eine Sonderregelung zügig getroffen werden, und er bitte um Abstimmung.

Dr. Ingo Wolf (FDP) ist wie sein Vorredner der Meinung, jetzt abzustimmen. Gegebenenfalls könne im federführenden Ausschuss noch anders entschieden werden. Wenn alle dafür seien, sei es schwer einsichtig, nun nicht dafür zu stimmen.

(Abstimmungsergebnis siehe Beschlusstil)

gez. Jürgen Thulke

Vorsitzender

mj-16.04.2002/25.04.2002

400